



Prot. Nr. PH/PJ/GT/32.01.01/498220

Bozen, 9. September 2011

Bearbeitet von:
Johann Parigger
Tel. 0471 417600
Hans.Parigger@schule.suedtirol.it

An die
Direktorinnen und Direktoren
der Grundschulsprengel, Schulsprengel,
Mittel- und Oberschulen

An die Schulsekretärinnen und
Schulsekretäre der Grundschulsprengel,
Schulsprengel, Mittel- und Oberschulen

z. K. An die Kontrollorgane der Schulen

Rundschreiben Nr. 34/2011

DURC

Die Schulen schließen im Rahmen ihrer Autonomie verschiedenste Verträge (Ankauf von Büromaterial, Beauftragung eines Busunternehmens, Beauftragung eines Freiberuflers als Referent für eine Lehrerfortbildung usw.) auf dem Gebiet des Privatrechts ab.

Es gibt vom Staat erlassene Rechtsvorschriften, welche öffentliche Körperschaften zwingen, vor einem Vertragsabschluss zu überprüfen, ob der potenzielle Vertragspartner seinen Verpflichtungen im Bereich der Beitragszahlungen nachgekommen ist. Vor Vertragsabschluss muss überprüft werden, ob die Vorsorgebeiträge, die Fürsorgebeiträge und die Zahlung von Versicherungsbeiträgen rechtmäßig erfolgt ist – kurzum, ob vom Auftragnehmer alle Verpflichtungen gegenüber dem „INPS“, dem „INAIL“ und eventuell den Bauarbeiterkassen („casse edili“) erfüllt worden sind. Stellt sich beispielsweise heraus, dass die Verpflichtungen von einer Firma nicht ordnungsgemäß erfüllt wurden, so darf mit dieser kein Vertrag abgeschlossen werden. Wird ein Verwaltungsverfahren, das zum Gegenstand einen Vertragsabschluss hat, ohne die oben genannte Überprüfung abgewickelt, dann ist das Verfahren mit einem Rechtmäßigkeitsmangel behaftet. Die Überprüfung des potenziellen Vertragspartners erfolgt in den meisten Fällen durch die Einholung des DURC („Documento Unico di Regolarità Contributiva“). Um die betreffenden Verwaltungsverfahren rechtmäßig abwickeln zu können, müssen folgende Fragen beantwortet werden:

1. Was ist das DURC?
2. Wer muss das DURC einholen?
3. Wie wird das DURC eingeholt?
4. In welchen Phasen des Verfahrens muss das DURC eingeholt werden?
5. Für welche öffentlichen Aufträge muss das DURC eingeholt werden?
6. Bei welchen Vertragstätigkeiten muss das DURC nicht eingeholt werden?

An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass der Inhalt dieses Abschnittes auf die Bedürfnisse der Schulen ausgerichtet ist und somit verschiedene Aspekte, die das DURC betreffen (z. B. das Einholen des DURC bei Diensten, die durch Konzessionen oder Konventionen von öffentlichen Körperschaften vergeben werden, die Beauftragung von ausländischen Unternehmen mit Bauaufträgen, die Durchführung von Wettbewerben/Ausschreibungen bei Ankäufen/Lieferungen und Dienstleistungen über 20.000,00 Euro) keine Berücksichtigung finden. Es handelt sich hierbei um ein „Konzentrat“, das auf die Bedürfnisse der Schulen eingeht und das es den Schulen ermöglichen soll, ohne zeitaufwendiges Studium der einschlägigen und sehr umfassenden staatlichen Bestimmungen die entsprechenden Verwaltungsverfahren rechtmäßig



abzuwickeln. Die relevanten Rechtsquellen sind in der Rubrik „Info“, „Informazioni sul DURC“ (www.sportellunicoprevidenziale.it) angeführt. Zudem finden Sie dort auch weitere detaillierte Informationen zum DURC.

1. Was ist das DURC?

DURC ist die Bezeichnung für „Documento Unico di Regolarità Contributiva“ und kann wie folgt übersetzt werden: „Einheitliches Dokument über die Korrektheit der Entrichtung der Sozialbeiträge“. Es handelt sich um ein einziges Dokument, aus welchem die Ordnungsmäßigkeit von Beitragszahlungen (Fürsorge- und Vorsorgebeiträge sowie Versicherungsbeiträge) hervorgeht. In Italien gibt es drei Institutionen, die – jede für ihren Bereich – die Ordnungsmäßigkeit von Beitragszahlungen feststellen können. Dies sind: Das „INPS“, das „INAIL“ und die Bauarbeiterkassen („casse edili“). Wird um die Ausstellung eines DURC nachgefragt, so überprüfen in der Regel alle drei Institutionen die Ordnungsmäßigkeit in ihrem Bereich – ausgestellt wird dann ein einziges Dokument, das DURC.

2. Wer muss das DURC einholen?

Wenn der Auftraggeber eine öffentliche Körperschaft ist, dann darf das DURC nicht vom potenziellen Vertragspartner, z. B. von einem Unternehmen verlangt werden, das an einer Ausschreibung teilnehmen möchte oder das als Vertragspartner ausgewählt werden soll. Die öffentliche Körperschaft muss sich von Amts wegen das DURC selbst bei den Körperschaften beschaffen (INPS, INAIL, Bauarbeiterkasse), welche die Ordnungsmäßigkeit über die erfolgten Beitragszahlungen bestätigen können.

3. Wie wird das DURC eingeholt?

Das DURC muss von öffentlichen Körperschaften ausschließlich auf telematischem Wege beschafft werden. Zu diesem Zweck wurde ein „sportellunicoprevidenziale“, ein Einheitsschalter, eingerichtet. Die öffentliche Körperschaft besorgt sich das DURC ausschließlich über diesen Einheitsschalter (<http://www.sportellunicoprevidenziale.it>). Dafür ist es notwendig, dass man sich die Benutzungsgenehmigung und einen PIN-Code besorgt. Die Anleitungen dazu finden Sie in der Rubrik „Info“, „Informazioni per l'accesso“, auf www.sportellunicoprevidenziale.it.

Sobald man im Besitz dieser Benutzungsgenehmigung und des Passwortes ist, ab Anfrage beträgt die Dauer ca. ein bis zwei Wochen, kann der oder die Bedienstete der öffentlichen Körperschaft über den Einheitsschalter das DURC des „Vertragspartners“ einholen. Anleitungen dazu unter der Rubrik „Info“, „Informazioni sulla procedura“ auf www.sportellunicoprevidenziale.it. Die Höchstdauer für die Ausstellung bzw. Übermittlung des DURC beträgt 30 Tage. Für staatliche Institutionen gilt der sogenannte „silenzio assenso“, also die stillschweigende Zustimmung. Das bedeutet, wenn das DURC über den Einheitsschalter angefordert wird und die anfragende öffentliche Körperschaft nicht innerhalb von 30 Tagen das DURC erhält, dann kann das Verwaltungsverfahren (Vertragsabschluss, Auszahlung von Rechnungen usw.) ohne Einholen des DURC durchgeführt werden.

Auf der Webseite des „sportellunicoprevidenziale“ kann unter der Rubrik „Manuali“, zudem ein Handbuch „Stazione appaltante/Amministrazione procedente“ abgerufen werden. Dieses gibt Schritt für Schritt Anleitungen, wie sich der öffentliche Auftraggeber das DURC auf telematischem Wege beschaffen kann.

Auf dieser Webseite gibt es auch die Möglichkeit, den Wahrheitsgehalt von Ersatzerklärungen, die von Vertragspartnern eingereicht wurden, zu überprüfen.

4. In welchen Phasen des Verfahrens muss das DURC eingeholt werden?

Das DURC hat eine Gültigkeit von drei Monaten. Bei Verwaltungsverfahren, innerhalb welchen die



Vertragspartner freihändig ausgewählt werden (also ohne die zwingende Einholung mehrerer Angebote und ohne die Ausschreibung eines Wettbewerbes), muss das DURC in den zwei folgenden Phasen des Verwaltungsverfahrens eingeholt werden: Erstens für den Abschluss des Vertrages und zweitens für die Auszahlung. Es genügt also nicht, das DURC nur einmal einzuholen. Die zeitliche Gültigkeit des DURC ist so zu verstehen, dass das DURC, welches für die Phase des Verwaltungsverfahrens „Abschluss des Vertrages“ eingeholt wird, eine Gültigkeit von drei Monaten ab Ausstellung des DURC hat. Innerhalb von drei Monaten muss also der Vertrag abgeschlossen werden. Erhält die Schule die Rechnung, so muss, bevor die Rechnung bezahlt werden kann, ein eigenes bzw. neues DURC eingeholt werden, auch dann, wenn das für die Vertragserstellung eingeholte DURC noch Gültigkeit hätte, also nicht älter als drei Monate ist. Das für die Phase des Verwaltungsverfahrens „Auszahlung“ eingeholte DURC gilt dann wiederum drei Monate. Innerhalb dieser drei Monate muss die Auszahlung erfolgen. Kurzum: Ein DURC, welches für einen bestimmten Vertrag und eine bestimmte Phase des Verwaltungsverfahrens eingeholt wurde, darf nicht für einen anderen Vertragsabschluss oder eine andere Phase des Verwaltungsverfahrens verwendet werden. Ein DURC, das für die Vertragserstellung eingeholt wurde, darf also nicht für die Zahlung verwendet werden. Bei der telematischen Anforderung des DURC muss spezifiziert werden, für welche Phase des Verfahrens das DURC angefordert wird.

5. Für welche öffentlichen Aufträge muss das DURC eingeholt werden?

Das Gesetz vom 22. November 2002, Nr. 266, bestimmt im Artikel 2 Folgendes: „Die Unternehmen, an welche ein öffentlicher Auftrag vergeben wird („affidatarie di un appalto pubblico“), müssen der öffentlichen Körperschaft, die den Auftrag vergibt, den Nachweis über die Ordnungsmäßigkeit der Beitragszahlungen erbringen, da ansonsten die Vergabe des Auftrages widerrufen wird“.

Unter den Begriff Vergabe eines „öffentlichen Auftrages“ („appalto pubblico“) im Sinne des Legislativdekrets Nr. 163/2006 („codice dei contratti pubblici“) fallen nicht nur jene öffentlichen Aufträge, die durch eine öffentliche Ausschreibung vergeben werden, sondern alle Aufträge und Verträge, die öffentliche Körperschaften abschließen und die als Gegenstand die Ausführung von Arbeiten oder die Erbringung von Dienstleistungen und die Lieferung von Sachen/Produkten haben, unabhängig davon, durch welches Verfahren (öffentliche Ausschreibungen, beschränkte Ausschreibungen, Unternehmer-Ideen-Wettbewerbe, freihändige Vergaben, Vergaben in Regie/treuhändische Akkordaufträge) die Vertragspartner ermittelt werden, unabhängig vom Preis und unabhängig vom rechtlichen Status des Vertragspartners (Unternehmen, Freiberufler usw.). Auch bei ausländischen Vertragspartnern muss sichergestellt werden, dass diese ihre gesetzlichen Verpflichtungen erbracht haben. Bei ausländischen Vertragspartnern kann natürlich kein DURC (nur für italienische Vertragspartner möglich, die eine INPS-Matrikelnummer haben) eingeholt werden. Der ausländische Vertragspartner muss eventuell selbst dafür sorgen, dass er ein Dokument vorlegt, aus welchem hervorgeht, dass er seinen Verpflichtungen in Hinsicht auf Beitragszahlungen nachgekommen ist. Die entsprechende Regelung befindet sich in der Richtlinie 2004/18/EG vom 31. März 2004 im Artikel 45, Absatz 2, Buchstabe e und Absatz 3, Buchstabe b und Absatz 4. Weiter unten wird man sehen, dass bei Verträgen für Lieferungen und Dienstleistungen bis zu einem Wert von 20.000,00 Euro, vom (ausländischen) Vertragspartner eine Ersatzerklärung verlangt werden kann. Dadurch wird die Problematik „Überprüfung der Ordnungsmäßigkeit der Beitragszahlungen von ausländischen Vertragspartnern“ relativiert.

Grundsätzlich muss für jeden Vertragspartner einer öffentlichen Körperschaft, mit welchem im Sinne des Legislativdekrets Nr. 163/2006 („codice dei contratti pubblici“) ein Vertrag abgeschlossen wird, die ordnungsgemäße Entrichtung der Vorsorge- und Fürsorgebeiträge sowie Versicherungsbeiträge überprüft werden.

Dennoch haben sich im Laufe der Zeit durch Anfragen, Gutachten, Änderungen von Rechtsvorschriften, Stellungnahmen usw. Vertragstätigkeiten herauskristallisiert, für welche das DURC nicht eingeholt werden muss oder anstelle des DURC Ersatzerklärungen von den Vertragspartnern eingeholt werden können, welche – auch stichprobenartig – überprüft werden müssen.



6. Bei welchen Vertragstätigkeiten muss das DURC nicht eingeholt werden?

Ökonomatsdienst/Handverlag

Bei Ankäufen, die im Sinne des Artikels 35 des D.Lh. vom 16. November 2001, Nr. 74, (Fonds für Ökonomatsdienst und geringe Ausgaben) getätigt werden, wie bei Ankäufen, welche die Schule z.B. direkt in einem Detailhandelsgeschäft gegen Barzahlung tätigt, muss das DURC nicht eingeholt werden.

Werkverträge

Werden physische Personen über Werkverträge gemäß Artikel 2222 und 2230 des Zivilgesetzbuches im Sinne des Legislativdekretes vom 30. März 2001, Nr. 165, beauftragt, so kann von der Einholung des DURC abgesehen werden. Es handelt sich dabei nicht um öffentliche Aufträge („appalti pubblici“) im Sinne des Legislativdekretes 163/2006 (sog. „codice dei contratti pubblici“) sondern um besondere Aufträge, welche von Artikel 7, Absatz 6 des Legislativdekrets vom 30. März 2001, Nr. 165, geregelt sind. Es handelt sich um Beauftragungen von Personen, welche einer der folgenden steuerrechtlichen Einkommenskategorien angehören: Freiberufliche Tätigkeit („lavoro autonomo professionale o abituale“), gelegentliche selbstständige Arbeit („lavoro autonomo occasionale“) oder koordinierte und kontinuierliche Mitarbeit oder auch geregelte fortwährende Zusammenarbeit („collaborazione coordinata e continuativa“). Eine der Voraussetzungen für die Beauftragung von externen Personen im Sinne des Legislativdekretes Nr. 165/2001 ist jene, dass die öffentliche Körperschaft überprüft hat, dass es innerhalb der eigenen Verwaltung nicht eigenes Personal gibt, welches die Leistung erbringen könnte. Ein praktisches Beispiel wäre die Beauftragung einer Psychologin (z. B. Freiberuflerin), welche im Rahmen einer besonderen Unterrichtseinheit für Schülerinnen und Schüler zum Beispiel über Essstörungen, über Mobbing, über Gewalt an der Schule und anderes referiert. Das bedeutet aber nicht, dass jede selbstständige Arbeit automatisch von der Einholung des DURC befreit ist. Grundlegend ist die Unterscheidung, ob es sich um einen öffentlichen Auftrag im Sinne des Legislativdekrets Nr. 163/2006 handelt oder um den Abschluss eines Werkvertrages im Sinne des Legislativdekretes Nr. 165/2001. Demzufolge muss für einen Freiberufler „lavoro autonomo professionale“ oder für eine Freiberuflervereinigung, „studio associato“, der bzw. die im Rahmen eines öffentlichen Bauauftrages (Beauftragung im Rahmen des Legislativdekretes Nr. 163/2006) eine Leistung erbringen muss, sehr wohl das DURC angefordert werden. Handelt es sich in diesen Fällen um Freiberufler mit eigener Vorsorgekasse, wie Rechtsanwälte, Architekten usw., dann kann das DURC nicht über den „sportellounicoprevidenziale“ angefordert werden, da das INPS keine Daten über die Beitragslage dieser Freiberufler verfügt. In diesen Fällen müsste die spezielle Vorsorgekasse des Freiberuflers kontaktiert werden. In der Verwaltungspraxis ist es oft nicht einfach zu unterscheiden, ob es sich bei einem Werkvertrag um einen öffentlichen Auftrag im Sinne des Legislativdekrets 163/2006 handelt, oder um einen besonderen Auftrag im Sinne des Legislativdekrets 165/2001. Deshalb folgende Präzisierung: Für die Beauftragung einer Psychologin (z. B. Freiberuflerin), die im Rahmen einer besonderen Unterrichtseinheit für Schülerinnen und Schüler oder im Rahmen einer Fortbildungsveranstaltung für Lehrpersonen beispielsweise über Essstörungen, über Mobbing, über Gewalt an der Schule usw. referiert, muss das DURC nicht eingeholt werden, da es sich bei derartigen Aufträgen um Beauftragungen im Rahmen des Legislativdekrets 165/2001 handelt.

Bezugsverträge

Für den Abschluss von Bezugsverträgen („contratti di somministrazione“) mit Unternehmen, welche Sachen (Strom, Gas, Wasser, Telefon usw.) liefern, die für das normale Funktionieren der öffentlichen Körperschaft notwendig sind, kann von der Einholung des DURC abgesehen werden.



Verträge für Lieferungen und Dienstleistungen bis zu einem Betrag von 20.000,00 Euro/Einholung von Ersatzerklärungen anstelle des DURC

Eine erhebliche Vereinfachung hat der Absatz 14-bis des Artikels 4 des Gesetzesdekretes vom 13. Mai 2011, Nr. 70, umgewandelt durch Gesetz vom 12. Juli 2011, Nr. 106, gebracht. Dieser sieht Folgendes vor: „Für die Verträge für Lieferungen und Dienstleistungen bis zu 20.000,00 Euro, welche mit öffentlichen Verwaltungen und mit In-House-Gesellschaften abgeschlossen werden, können die Vertragspartner eine Ersatzerklärung im Sinne des Artikels 46, Absatz 1, Buchstabe p) des Dekretes des Präsidenten der Republik vom 28. Dezember 2000, Nr. 445, anstelle des Dokuments über die Ordnungsmäßigkeit der Beitragszahlungen erstellen. Die auftraggebenden Verwaltungen müssen im Sinne des Artikels 71 des genannten D.P.R. Nr. 445/2000 periodische Kontrollen über den Wahrheitsgehalt der Ersatzerklärungen durchführen.“

Die Schulen müssen also bei Verträgen für Lieferungen und Dienstleistungen bis zu 20.000,00 Euro (nach Abzug der Mehrwertsteuer) kein DURC über den „sportellounicoprevidenziale“ vor den Vertragserstellungen und vor den Bezahlungen einholen. Vom Vertragspartner kann eine entsprechende Ersatzerklärung verlangt werden. In der Anlage dieses Rundschreibens befindet sich ein entsprechendes Formblatt „Ersatzerklärung DURC“ für deutschsprachige Vertragspartner und das Formblatt „dichiarazione sostitutiva DURC“ für italienischsprachige Vertragspartner sowie ein eigenes Formblatt für Ausländer. Die Ersatzerklärung wird im Sinne der Grundsätze der Vereinfachung und Beschleunigung der Verwaltungsverfahren nur einmal vor der Vertragserstellung vom Vertragspartner eingeholt und gilt – vorausgesetzt, sie ist nicht älter als drei Monate – auch für die Bezahlung. Eine weitere Ersatzerklärung vor der Bezahlung der Rechnung muss vom Vertragspartner also nur dann eingereicht werden, wenn die Ersatzerklärung, welche vor der Vertragserstellung eingeholt wurde, älter als drei Monate ist. Am besten wird sein, wenn der Vertragspartner die Ersatzerklärung zusammen mit der Abgabe des schriftlichen Angebotes einreicht. Die Schule kann zu einem späteren Zeitpunkt dann bequem – auch stichprobenartig, jedoch mindestens im Ausmaß von 6 Prozent der in einem Finanzjahr eingereichten Ersatzerklärungen – über den „sportellounicoprevidenziale“ den Wahrheitsgehalt der Ersatzerklärungen überprüfen.

Sollte sich in Zukunft eindeutig herausstellen, dass noch für weitere Vertragstätigkeiten das DURC nicht eingeholt werden muss, so werden die Schulen darüber informiert.

Abschließende Bemerkung

Die oben angeführten Vertragstätigkeiten, für welche die Einholung des DURC durch die Schule nicht notwendig ist, bewirken, dass die staatlichen Bestimmungen zum DURC für die Schule nicht mehr einen großen zusätzlichen bürokratischen Aufwand bedeuten, der die Dauer von Verwaltungsverfahren in die Länge zieht.

Eine Schule wird im Sinne des D.LH. 74/2001, Artikel 47, Absatz 2, Buchstabe a) kaum Verträge für Lieferungen (wie z. B. der Ankauf von Büromaterial, von Putzmaterial, von Lehrmitteln, von Büchern, einer Digitalkamera usw.) abschließen, deren Betrag 20.000,00 Euro (nach Abzug der Mehrwertsteuer) übersteigt. Das DURC muss in diesen Fällen nicht eingeholt werden, der Vertragspartner kann eine Ersatzerklärung einreichen. Natürlich dürfen Aufträge nicht künstlich aufgeteilt werden, um die Bestimmungen zum DURC zu umgehen.

Eine Schule wird im Sinne des D.LH. 74/2001, Artikel 47, Absatz 2, Buchstabe a), kaum Dienstleistungsverträge (wie z.B. Beauftragung eines Busunternehmens, Beauftragung eines Grafikers für den Entwurf einer Broschüre, Beauftragung eines Handwerkers für eine Reparatur, Beauftragung einer Universität zur Durchführung einer Lehrerfortbildung usw.) abschließen, deren Betrag 20.000,00 Euro (nach Abzug der Mehrwertsteuer) übersteigt. Auch hier muss das DURC nicht eingeholt werden, der Vertragspartner kann eine Ersatzerklärung einreichen.

Schließt eine Schule Werkverträge mit Expertinnen und Experten im Sinne des D.LH. 74/2001, Artikel 47, Absatz 2, Buchstabe g) oder im Sinne des Artikel 52, Absatz 1) ab (z. B. Beauftragung eines Freiberuflers



als Referent für eine Lehrerfortbildung, Beauftragung einer Person ohne Mehrwertsteuerposition als Referent für eine besondere Unterrichtseinheit für Schülerinnen und Schüler usw.), so handelt es sich um besondere Aufträge, welche von Artikel 7, Absatz 6 des Legislativdekretes vom 30. März 2001, Nr. 165, geregelt sind, und demnach muss das DURC nicht eingeholt werden.

Ansprechpartner im Deutschen Schulamt sind Herr Georg Tschager (Telefonnummer: 0471 417608, Georg.Tschager@schule.suedtirol.it) und Frau Dr. Sabine Lamprecht (Telefonnummer: 0471 417614, Sabine.Lamprecht@schule.suedtirol.it) vom Amt für Schulfinanzierung.

Das Amt für Personalentwicklung hat für den 26. Oktober 2011 eigens für Verwaltungspersonal der Schulen eine Fortbildungsveranstaltung zum Thema „Tracciabilità dei pagamenti delle amministrazioni pubbliche“ anberaumt, in deren Rahmen neben CIG und CUP ausdrücklich auch das DURC („DURC: novità interpretative“ und „DURC: novità normative al Regolamento attuativo del codice dei contratti pubblici“) behandelt wird. Referent ist der anerkannte Experte Paolo Parodi aus Rom. Anmeldetermin ist der 3. Oktober 2011 (Intranet: Abteilung Personal/Amt für Personalentwicklung/Home/Kurskalender/Allgemeine Weiterbildung).

Dr. Peter Höllrigl
Schulamtsleiter und Ressortdirektor